

„Arme Kinder, schlechte Schulen.“ Zu diesem Ergebnis kommt [Marcel Helbig](#) vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in einer [aktuellen Studie](#). Ein Mangel an Lehrern, Unterrichtsausfall und Vertretungsstunden sind Merkmale, die an Schulen, die von armen Kindern besucht werden, häufiger festgestellt werden können, als es an den sozial privilegierten Schulen der Fall ist. Und: Politisch Verantwortliche scheinen nicht unbedingt ein großes Interesse daran zu haben, die Schulen der Armen so zu unterstützen, wie es nötig wäre. Schulpolitik habe viel mit Verteilungsfragen zu tun, sagt Helbig im NachDenkSeiten-Interview. Derweil, so Helbig weiter, sei zu beobachten, wie finanziell Bessergestellte ihre Kinder auf Privatschulen schicken, wo dann ein Schulgeld verlangt werde, das arme Familien nicht aufwenden können. Dabei geht es „um Abgrenzung“ und darum, „einen Abstand zu den Armen zu erzeugen. Von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/190824_Die_Verantwortlichen_wollen_nicht_wissen_wie_gross_die_Probleme_sind_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

„Arme Kinder, schlechte Schulen“. So lautet das Fazit, das Sie aus Ihrer aktuellen Studie ziehen. Wie kommen Sie zu diesem Ergebnis?

Wir haben uns die Schulen in Berlin genauer angeschaut und unter anderem auch Schulinspektionsberichte ausgewertet. Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass Probleme an Schulen wie Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Vertretungsstunden vor allem an Schulen vorkommen, wo der Anteil an sozial benachteiligten Kindern hoch ist.

Sie sprechen von Schulinspektionsberichten. Was ist das?

In Berlin gibt es Schulinspektoren, die für einige Tage an die Schulen gehen und dort das Schulmanagement beleuchten, den Unterricht näher betrachten und unter anderem darauf achten, wie es mit einem individualisierten Unterricht aussieht. Außerdem werden die Durchschnittswerte der Schulnoten zum Mittleren Bildungsabschluss ausgewertet. Zusammengefasst: Der Schulinspektionsbericht beinhaltet viele Daten, auf die wir zugreifen und die wir auswerten konnten. Hier ist Berlin in Punkto Transparenz ein Vorreiter, denn nur hier werden die Schulinspektionsberichte veröffentlicht.

Sprechen wir über die Details der Untersuchungsergebnisse.

In den sozial privilegierten Schulen gibt es ein Drittel weniger Unterrichtsstunden, die vertreten werden müssen, als bei den Schulen, an denen sehr viele arme Kinder sind. Generell wurde deutlich, dass nur bei rund der Hälfte der Schulen überhaupt eine Personalabdeckung für den zu leistenden Unterricht von 100 Prozent erreicht wird.

Wie haben Sie denn klassifiziert, an welchen Schulen arme und an welchen sozial privilegierte Kinder sind?

Wir haben uns den Anteil der Kinder angeschaut, der lernmittelbefreit ist.

Lernmittelbefreit?

Hierunter fallen alle Kinder, deren Eltern SGB-II-Leistungen beziehen, Kinder von Wohngeldempfängern und von Kindern von Asylbewerbern. Also arme Kinder.

Wieder zur Unterrichtsabdeckung.

Bei jenen Grundschulen, an denen der Anteil von lernmittelbefreiten Kindern unter 10 Prozent liegt, konnten wir bei über der Hälfte der Schulen eine 100-prozentige Unterrichtsabdeckung feststellen. Bei den sozial benachteiligten Schulen, das heißt jenen Schulen, an denen 50 Prozent und mehr der Kinder lernmittelbefreit sind, waren es nur 35 Prozent der Schulen, die eine 100-prozentige Unterrichtsabdeckung aufweisen konnten. Doch die Probleme gehen über diesen Befund hinaus.

Wie denn?

Wenn die soziale Zusammensetzung sich verschlechtert, steigt auch der Anteil an Schulstunden, die nicht von einer regulären Lehrkraft übernommen werden.

Was heißt das?

Da der Ausfalllehrer nicht genauso mit dem Unterrichtsstoff weitermachen kann, wie es sein Kollege, der ausgefallen ist, tun würde, ist die Effektivität des Unterrichts in Gefahr.

Wie sieht es denn an den Sekundarschulen aus?

Dort ist der Unterrichtsausfall an sozial benachteiligten Schulen um 50 Prozent höher als an den privilegierten Schulen.

Sie haben auch etwas Interessantes zum Anteil der Quereinsteiger rausgefunden, die an Schulen unterrichten.

Zunächst gilt es festzustellen, dass wir nicht sagen können, ob Quereinsteiger besser, schlechter oder gleich unterrichten wie ihre Kollegen, die Lehramt studiert haben. Wir haben allerdings festgestellt, dass der Anteil von Quereinsteigern in den sozial benachteiligten Schulen doppelt so hoch ist wie in den sozial privilegierten. Immerhin gibt es mittlerweile eine Initiative in Berlin, wonach jede Schule Quereinsteiger aufnehmen muss. Nur: In einigen Schulen, die Kinder aus armen Verhältnissen besuchen, liegt der Anteil der Quereinsteiger bei knapp 20 Prozent.

Wie hoch ist der Anteil auf den sozial privilegierten Schulen?

In den Grundschulen mit wenigen armen Schülern sind es im Schnitt 2,7 Prozent Quereinsteiger, in den sozial am stärksten benachteiligten Grundschulen sind es im Schnitt 6,4 Prozent.

Ihr Fazit „Arme Kinder, schlechte Schulen“ gilt aber nicht für die Schulen, an denen der Armenanteil besonders hoch ist, oder?

An den Schulen, an denen der Anteil sozial benachteiligter Kinder bei über 70 Prozent liegt, sehen wir bei einigen Indikatoren bessere Ergebnisse, als an denen, wo der Armenanteil bei 50 bis 70 Prozent liegt.

Wie erklären Sie sich das?

Das hat mit der Politik, aber auch mit der Zivilgesellschaft zu tun. Wird eine Schule aufgrund der Zustände, die an ihr herrschen, in der Öffentlichkeit bekannt, werden Maßnahmen ergriffen, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Wir können das beispielhaft an der Berliner Rütli-Schule ablesen, die ja vor einiger Zeit Schlagzeilen machte. Geld kommt dann nicht mehr nur vom Senat, sondern auch von privater Seite.

Also nur dort, wo es richtig brennt, wird auch richtig geholfen?

So interpretieren wir die Ergebnisse. Das Problem ist, dass Politik und Gesellschaft Schulen, an denen es noch nicht ganz so schlimm ist, weniger wahrnimmt, nicht so unterstützt, wie es nötig wäre.

Sie haben sich in Ihrer Studie auf Berlin konzentriert. Sehen Sie denn ähnliche Verhältnisse auch in anderen Bundesländern?

Man muss unterscheiden, aber grundsätzlich: Ja, die Untersuchungsergebnisse reichen weit über Berlin hinaus. Hamburg unternimmt seit geraumer Zeit einiges, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Aber das, was Hamburg dafür investiert, ist eher die Ausnahme. Wir als Wissenschaftler stehen vor dem Problem, dass ähnliche Daten nicht in allen Bundesländern vorhanden sind. Und dort, wo sie vorhanden sind, werden sie nicht ähnlich transparent herausgegeben wie etwa in Berlin oder Hamburg. Forschung wird bei unserem Untersuchungsgegenstand mehr behindert als unterstützt.

Ist die Situation so schlimm?

Mein Eindruck ist: Eigentlich wollen die Verantwortlichen gar nicht wissen, wie groß die Probleme sind. Schon gar nicht möchte sich die Politik von außen mögliche Probleme nachweisen lassen. Am Ende dieser Probleme steht immer auch die Frage, wie Politik mit Geldern umgehen wird. Und dann geht es ans Eingemachte. Dann müsste man sich die Frage stellen, ob man vielleicht nichtprivilegierten Schulen einen schlechteren Personalschlüssel angedeihen lassen sollte. Sobald es um die Verteilungsfragen geht, melden sich jene Gruppen zu Wort, die ihre Wünsche besser artikulieren oder durchsetzen können als die Armen.

Ein Beispiel, an dem sich aufzeigen lässt, wie fragwürdig der Staat agiert, ist die Entwicklung der Privatschulen.

Wie meinen Sie das?

Der Staat schaut, was die Privatschulen angeht, in vielen Bundesländern nicht hin und verstößt so offensichtlich gegen das Grundgesetz, das den Zugang zu Privatschulen für Kinder aller sozialen Schichten will. Es gibt Privatschulen, die durch die Schulgelder, die sie verlangen, den Zugang der Kinder, die aus ärmeren Schichten kommen, nicht ermöglichen. Die Gebührenordnung führt zu einer sozialen Spaltung, die sich dann letzten Endes auch außerhalb der Schulen fortsetzen wird.

Worum geht es bei diesen Privatschulen? Eine Elite zu erzeugen?

Es geht um Abgrenzung. Die Schulgelder sind in der Mehrzahl der Fälle nicht so hoch, dass nicht auch Kinder aus der Mittelschicht die Schule besuchen können. Das heißt, es geht weniger um eine Elite als darum, einen Abstand zu den Armen zu erzeugen.

Titelbild: Yupa Watchanakit/shutterstock.com und Universität Erfurt